

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 20. Jahrgang, Nr. 10, 15. Mai 2003

rechts

Einblicke

Üble Vergleiche

Von Helmut Lölhöfel

Zwei hochrangige und prominente Gewerkschafter haben tief in den rhetorischen Dreckkübel gegriffen: Ausgerechnet am 1. Mai fingerten der Vorsitzende des Berliner DGB-Landesbezirks, Dieter Scholz, und der designierte IG-Metall-Chef Jürgen Peters mit üblen Vergleichen herum. Beide Spitzen-gewerkschafter stellten Zusammenhänge zwischen der Nazi-Politik und der Sozialpolitik der jetzigen Bundesregierung her. Ganz gleich, wie die jetzt angekündigten sozialen Einschnitte zu bewerten sind, haben sich Scholz und Peters unentschuldig in der Wortwahl vergriffen. Es ist zu hoffen, dass beide innerhalb ihrer Organisation eins auf die Mütze bekommen. Denn sie haben Grenzen, die bisher im DGB galten, mutwillig eingerissen.

Die Zitate: „Ich finde die Parallelität der angeblichen Krisenursachen, die Art der Bekämpfung der Wirtschaftskrise und der ideologischen Nutzung von Begriffen damals und heute schon erschreckend.“ (Scholz, zitiert nach „Der Tagesspiegel“). „Sprache und Stoßrichtung von damals haben eine verblüffende Ähnlichkeit mit dem, was wir heute von einigen hören.“ Und: CDU- und FDP-Politiker wollten die Gewerkschaften „entmachten“ und „zerstören“ (Peters, zitiert nach „Berliner Zeitung“).

Im polemischen Übereifer haben Scholz und Peters die Geschichte der Weimarer Republik und der Machtergreifung der Nazis vorsätzlich verfälscht. Dabei wissen die DGB-Funktionäre genau, was am 2. Mai vor 70 Jahren geschehen ist: Die Nazis zerschlugen brutal die deutsche Gewerkschaftsbewegung und verleibten sich die Organisation ein. Daran zu denken, steckt in den Wurzeln der wieder erstandenen deutschen Gewerkschaften. Umso schändlicher ist es, am 1. Mai solche gedanklichen Verbindungen herzustellen und solches Vokabular in den Mund zu nehmen. Oder darf im DGB heutzutage so grenzenlos herumgedroschen werden?

Unfreiwillige Heimkehr

Die deutsche Justiz ist auf den Holocaust-Leugner Ernst Zündel vorbereitet, sollte der aus Kanada abgeschoben werden.

Seite 2 ■

Konkurrenzkampf

Bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen hoffen DVU, Deutsche Partei und Schill-Partei auf die Gunst der rechten Wähler.

Seite 3 ■

Faible für Drittes Reich

In der Shell-Jugendstudie kann ein Neonazi seine braune Ideologie verbreiten.

Seite 6 ■

Terror-„Bruderschaft“

40 Mitglieder einer US-amerikanischen rechtsextremen Gefängnisgang werden schwerster Verbrechen beschuldigt.

Seite 8 ■

Eine positive Bilanz

Das Jüdische Museum in Berlin hat sich zu einem Publikumsmagneten entwickelt.

Seite 11 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**„Sein Kampf“**

Seit Jahrzehnten ist die deutsche Justiz hinter dem Holocaust-Leugner Ernst Zündel her – jetzt könnte sie ihn erwischen.

„Haben Sie Interesse an rechtsextremen Internet-Seiten?“, fragte der Journalist den Mannheimer Staatsanwalt Hans-Heiko Klein. „Klar, immer“, entgegnete der Ermittler. Der kurze Wortwechsel im Herbst 1995 war der Auftakt zu einem Verfahren, das wenige Monate später weltweit für Schlagzeilen sorgen sollte. Als erste Ermittlungsbehörde in Deutschland nahm die Staatsanwaltschaft Mannheim Anfang 1996 nicht nur die Macher rechtsextremer Web-Seiten ins Visier, sondern auch die Provider. Der Vorwurf: Volksverhetzung. Die Zahl der rechtsextremen Web-Seiten war noch überschaubar. Rund 50 Parteien, Initiativen und Einzelpersonen verbreiteten ihre Hetze über das Internet, wenig ansprechend, ohne großen Aufwand und große Wirkung. Nur einer stach schon damals heraus: Der deutsche Neonazi Ernst Zündel.

In seinem Haus im kanadischen Toronto hatte sich Zündel bestens auf das virtuelle Zeitalter vorbereitet. Fast täglich bot er neue Berichte an: Auszüge des in Deutschland verbotenen „Leuchter-Report“ konnte man per Knopfdruck genauso herunterladen, wie die Schrift „Starben wirklich sechs Millionen?“ von Richard Harwood. Letztere wird von Zündel seit 1980 verlegt. Untragbar für einen Ermittler wie Klein, der den deutschen Holocaust-Leugner Günter Deckert zunächst für zwei Jahre hinter Gitter gebracht hatte. „Hier muss ich jeder Hakenkreuzfahne hinterher rennen und dann verbreitet einer aus dem Ausland den ganzen Mist über das Internet“, polterte Klein.

Die Staatsanwaltschaft Mannheim ließ auch die Provider wie Telekom und AOL nicht außen vor und leitete Verfahren gegen die „Verantwortlichen“ wegen „Beihilfe zur Volksverhetzung“ ein. Nicht mal 24 Stunden nach Bekanntwerden der Ermittlungen, sperrte die Telekom in Panik Zündels Seite – und bekam dafür gleich noch mal Prügel. Weltweit empörten sich Vereine, Verbände, Politiker und Computerfreaks über die Zensur in Deutschland. Nach wenigen Wochen war die Zündelsite wieder erreichbar. Monate später musste Staatsanwalt Klein die Verfahren nicht ganz frei-

willig an andere Behörden abgeben. Sie verliefen schließlich im Sand und wurden eingestellt.

Nur der Beschuldigte Zündel, geboren am 24. April 1939 in Calmbach, findet sich noch immer im Computer der Mannheimer Staatsanwaltschaft. Verjährt sind die Vorwürfe nicht, Zündel verbreitet ja auch weiterhin seine volksverhetzenden Schriften über das Internet. Regelmäßig lassen die Ermittler den Haftbefehl beim Amtsgericht Mannheim erneuern. Doch die Mannheimer Staatsanwälte sind nicht die ersten, die den mittlerweile 64-jährigen Holocaust-Leugner fassen wollten. Das Hauptproblem dabei: Zündel lebt seit September 1958 im weitgehend sicheren Kanada. Alle Auslieferungsersuchen waren gescheitert, weil man dort den Straftatbestand Volksverhetzung nicht kennt.

Unter den zahlreichen Auswürfen auf Zündels Homepage findet sich auch eine 44-seitige Autobiografie mit dem Titel „Ernst Zündel: Sein Kampf für Deutschland“. Selbstverliebt schwärmt er da vom „jungen Ernst“, der „für Mitschüler Schmetterlinge, Käfer, Bienen und Blumen“ malte. Begabt und aufgeweckt sei er gewesen, aber auch schüchtern.

Immerhin war er forsch genug, um sich vor der Bundeswehr zu drücken. Als 19-Jähriger wanderte der schüchterne Schwabe nach Montreal aus, weil Kanada damals „als einziges Land der westlichen Welt keinen Pflicht-Militärdienst für junge Männer hatte“. Dort trifft er auch den Führer der National-Sozialistischen Christlichen Partei, Adrien Arcand. In den 70er Jahren übersetzt und verlegt Zündel die Hetzschrift „Die Auschwitz-Lüge“ des dänischen Nazis Thies Christophersen. 1981 verschickt er in unbekannter Auflage sein grünes Büchlein mit dem Titel „An mein Volk“ nach Europa. Es folgen erste Ermittlungsverfahren und Durchsuchungsaktionen in Deutschland. Durch seinen Auslandswohnsitz entzieht er sich der Strafe.

Eigentlich waren sich die Ermittler sicher, dass es in Deutschland nie ein Verfahren geben wird. Doch kam Anfang Februar 2003 eine unerwartete Wende: Zündel, der im Jahr 2000 ins amerikanische Tennessee ausgewichen war, wurde verhaftet, weil er zu einer Anhörung der Einwanderungsbehörde nicht erschienen war. Die Behörden wollten ihn nach Deutschland abschieben. Doch dann entschied man sich für eine Ausweisung nach Kanada. Presseberichten zufolge will Kanada Zündel loswerden. Dann könnten ihn die deutschen Fahnder vielleicht doch noch in Empfang nehmen. *Benny Bender*

Aktivitäten

Auf Stimmenfang

Zur Bremer Bürgerschaftswahl bewerben sich drei rechtslastige Parteien.

Für die Deutsche Partei (DP) geht es bei der Bürgerschaftswahl in Bremen am 25. Mai um viel. „Den Neuanfang für die ganze Republik wollen wir in Bremen beginnen“, donnert der DP-Bundesvorsitzende Heiner Kappel. Seine Partei bildet zusammen mit der DVU und der Schill-Partei das – untereinander verfeindete – Trio der Anbieter aus dem deutlich rechtsgestrickten Lager für die Wähler/innen des Zwei-Städte-Staates, bestehend aus Bremen und Bremerhaven. 100 Plätze im Parlament des kleinsten Bundeslandes müssen besetzt werden, 20 davon mit Politikern aus Bremerhaven.

Es ist lange her, dass die DP von der Macht gekostet hatte: Von 1949 bis 1961 war sie mit Abgeordneten und Ministern auf Landes- und Bundesebene vertreten. Nun will sich die Deutsche Partei zurück in ein Parlament schleichen. Dabei baut ihr Landesvorsitzender und Spitzenkandidat Reinhold Thiel nicht zuletzt auf seine guten Verbindungen in das Lager der Vertriebenen und Spätaussiedler. Der 58-jährige Haupt- und Realchullehrer leitet die Pommersche Landsmannschaft in Bremen und fungiert als BdV-Landesvize. Die Schlagzeilen, die einer der DP-Bürgerschaftskandidaten unlängst gemacht hatte, dürften dem um Seriosität bemühten Thiel kaum gefallen haben. Die „Frankfurter Rundschau“ (FR) berichtete, dass Reinhard Willnow früher Pressesprecher der Republikaner in Bremen gewesen und im Zusammenhang mit der Leugnung des Massenmordes an den Juden aufgefallen sei. Der FR zufolge hat in der Hansestadt der Verfassungsschutz ein Auge auf die Deutsche Partei, wirft ihr Anknüpfungspunkte in das ultrarechte Lager vor.

In diesem Sinne muss wohl auch der Versuch des DP-Vorsitzenden Kappel gedeutet werden, in Bremen ein gemeinsames Vorgehen mit der rechtsextremen DVU des „National-Zeitungs“-Verlegers Gerhard Frey zu erreichen. Nach Kappels Vorstellungen hätte die DVU zu Gunsten der DP auf ihre Kandidatur in Bremen verzichten sollen. Dieses Ansinnen lehnte Frey ab – verständlicherweise. Denn immerhin hat die DVU einen Sitz im Landesparlament. Bei der Bürgerschaftswahl 1999 war

der DVU in Bremerhaven der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde gelungen. Im Land Bremen hatte sie drei, in der Stadt Bremerhaven sechs Prozent erzielt. Deshalb stellt sie seitdem mit Siegfried Tittmann einen Landesparlamentarier. Tittmann amtiert seit 1991 als DVU-Fraktionschef in der Stadtverordnetenversammlung von Bremerhaven.

Politische Beobachter in der rund 119 000 Einwohner zählenden Seestadt halten es für möglich, dass die DVU zumindest in Bremerhaven ein weiteres Mal über die Fünf-Prozent-Hürde gelangen könnte. Schließlich wird Bremerhaven seit langem von einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit und einem ungewöhnlich stark unterentwickelten Selbstbewusstsein seiner Bürger gebeutelt – ein guter Nährboden für DVU-Parolen wie „Weniger Geld ins Ausland – mehr für Bremerhaven“. Im Wahlkampf stellt die DVU neben Tittmann die erst 26-jährige Arzthelferin Irina Tadday aus Bremerhaven besonders heraus. Die junge Frau kann womöglich ein wenig von Leuten wie dem Kandidaten Hans Otto Weidenbach ablenken. Der enge Vertraute von Gerhard Frey war bis Anfang der 90er Jahre Landesvorsitzender der NPD und fiel durch rassistische Äußerungen auf.

Mit Blick auf die Bürgerschaftswahl sieht sich die Schill-Partei klar im Aufwind. Grund für die zur Schau gestellte Zuversicht ist, dass ihr „Flehen“ um Beistand aus dem christdemokratischen Lager erhört wurde. Zwar konnte der ehemalige Innensenator Ralf Bortscheller nicht als Mitglied gewonnen werden. Aber immerhin kehrte der CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Mathias Henkel seiner Partei den Rücken. Henkel, in früheren Zeiten auch schon mal DKP-Mitglied, begründete seinen Beitritt zur Schill-Partei in erster Linie mit seinem angeblichen Widerstand gegen Tierversuche an der Bremer Universität. Die CDU-Führung mutmaßt hingegen, dass Henkel eine Art Bombe hochgehen lassen wollte, nachdem der Hinterbänkler kein weiteres Mal für das Landesparlament nominiert worden war. Der Bremer Landesvorsitzende der Schill-Partei und Spitzenkandidat zur Wahl, Jan Timke, kann zumindest noch bis zum Ende der Legislaturperiode damit prahlen, dass seine Partei nach Hamburg in einem zweiten Landesparlament vertreten ist. Im Wahlkampf setzt der 32 Jahre alte Polizeibeamte Timke gemeinsam mit seinen Mitstreitern schwerpunktmäßig auf das Thema der Inneren Sicherheit. Die meisten Plakate propagieren „Mehr Härte gegen Straftäter“ und „Gegen Filz und Korruption“.

Thomas Klaus

Aktivitäten**„Freiheit für Krick“****Demonstration für inhaftierten Neonazi**

Die Niederlande haben den Neonazi Michael Krick nach Deutschland abgeschoben. Seit Ende April sitzt er nun in der JVA in Dortmund ein. Am 26. Mai erwartet ihn vor dem dortigen Amtsgericht eine erste Verhandlung wegen Volksverhetzung und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Mindestens ein weiterer Gerichtstermin – dann in Berlin – wird folgen. Beide Verhandlungen waren bereits vor mehr als zwei Jahren terminiert. Krick hatte sich entzogen, indem er in die Niederlande geflohen war. Ein internationaler Haftbefehl gegen den 26-Jährigen, der unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung, Bedrohung eines Polizisten, Volksverhetzung und Verunglimpfung des Staates vorbestraft ist, war die Folge. Bis zum höchsten Gericht der Niederlande beschäftigte seine Auslieferung die Instanzen.

Seine unfreiwillige Rückkehr nach Dortmund brachte erneut Neonazis auf die Straße. Direkt vor der Justizvollzugsanstalt demonstrierten am 26. April etwa 60 von ihnen, darunter auch Rechtsextremisten aus den Niederlanden. Auf Plakaten und Transparenten forderten sie „Freiheit für Michael Krick“. Wie schon bei seiner letzten Haftstrafe – bis Mitte 1999 hatte er 18 Monate eingesessen – sammeln Neonazis für den „Rechtskampf“. Ein „Soli-Konto“ richteten sie bei der Kasseler Bank in Willingen ein. Führend bei der Initiative damals wie heute: Daniela Wegener aus Olsberg, die der Verfassungsschutz als „Führungsaktivistin“ der rechtsextremen Szene im Sauerland bezeichnete.

Sie war es auch, die bei der Demonstration zitierte, was Krick in Holland von sich gab und ihm ein weiteres Ermittlungsverfahren einbrachte: „Greift das System und ihre Knechte an, wo immer es geht. Auch die, die gegen unsere Rasse vorgehen und sie zu vernichten suchen. Staatsschmutz, Staatsanwälte, Richter haben Namen, Adresse und Familie. Eurer Phantasie sind hierbei keine Grenzen gesetzt. Als Vorbild mag uns hierbei die baskische ETA dienen. Zeigt kein Erbarmen, keine Reue. Sieg oder Walhalla!“ Kricks Aufforderung, „Zellen nach dem Vorbild des führerlosen Widerstandes“ zu bilden, unterschlug sie dabei. Zu viel Militanz zu zeigen, ziemt sich wohl nicht öffentlich. *Tomas Sager*

Aktivitäten**Krimineller Verein****Anwälte kapitulieren im SSS-Prozess**

„Was soll der Scheiß? Das ist doch nicht rechtens.“ So aktiv hatte man Rico Drechsler, das Mitglied einer Aufbauorganisation der Skinheads Sächsische Schweiz, während des gesamten Prozesses gegen die SSS am Dresdner Landgericht nicht erlebt, wie an diesem 8. Mai. Auf dem Gang versuchte ihm sein Anwalt klar zu machen, dass es nur eine Möglichkeit gibt, das Verfahren nun zu beenden. Entweder alle räumen die in der Klageschrift gemachten Vorwürfe ein, wofür alle Strafen auf Bewährung ausgesetzt werden, oder es wird weiter verhandelt. Drechsler wäre dabei der große Verlierer, denn er war an den einzelnen Tatkomplexen nur bedingt beteiligt, müsste aber vollumfänglich Schuld einräumen und sich mit Thomas Sattelberg die gesamten Prozesskosten teilen. Denn nur diese beiden waren zum Tatzeitpunkt volljährig.

Der Einigung zwischen Staatsschutzkammer, Staatsanwaltschaft und Verteidigung war ein mehrstündiges Rechtsgespräch, welches auf Wunsch der Verteidigung stattfand, voraus gegangen. Die Anwälte waren an ihrer Strategie des Verschleppens gescheitert. So soll der führende SSSler Thomas Rackow, vertreten durch Rechtsanwalt Carsten Schrank, ökonomisch mürbe geworden sein. Wegen der seit einem dreiviertel Jahr wöchentlich anberaumten zwei Sitzungstage galt er dem Arbeitsamt als nicht mehr vermittelbar und bezog zuletzt Sozialhilfe. Seine berufliche Zukunft sieht er nach Prozessende in einem Automobilwerk in Bayern.

Am Nachmittag des 8. Mai verkündete die Kammer die Einigung. André Vierigs Verfahren wurde nach Paragraph 153a Abs.2 StPO mit der Zahlung von 10 000 Euro beendet. Alle anderen Angeklagten sollen Jugend- beziehungsweise Freiheitsstrafen zwischen 18 Monaten und zwei Jahren erhalten. Diese werden zur Bewährung ausgesetzt. Das war der Wunsch der Verteidigung: Keine Gefängnisstrafe, dafür vollumfängliches Einräumen der Vorwürfe in der Klageschrift. Auch, und dies ist nach den Auftritten einiger Anwälte pikant, die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung nach Paragraph 129a. Zum Strafmaß kämen noch 100 Stunden Arbeit oder 2100 Euro dazu. Die Urteilsverkündung soll Ende Mai erfolgen. *Lukas Kilian*

Aktivitäten**Brauner 1. Mai****Das rechte Spektrum marschiert getrennt**

Auch in diesen Jahr war der erste Mai wieder durch zahlreiche extrem rechte Aktivitäten geprägt. In Berlin demonstrierten rund 1200 NPD-Anhänger durch den Stadtteil Charlottenburg. Zu den immer wieder von Protesten und Pfiffen von Nazi-gegnern begleiteten Rednern gehörten neben dem NPD-Vorsitzenden Udo Voigt, dem Hamburger Rechtsanwalt und rechten Multifunktionär Jürgen Rieger auch Vertreter ultrarechter Gruppen aus Großbritannien und Italien. Rieger bezeichnete die gegenwärtige Führungsschicht in Deutschland als Profiteure der Siegermächte des zweiten Weltkrieges, die nur ihre eigenen Vorteile im Auge hätten und polemisierte gegen Wiedergutmachungszahlungen an Naziopfer ebenso wie gegen die deutschen EU-Beiträge. In mehreren Zeitungen wurde von der bisher größten 1. Mai-Demonstration der NPD in Berlin gesprochen. Allerdings hatte NPD-Pressesprecher Klaus Beier im Vorfeld etwas vollmundig noch bis zu 3000 Teilnehmer angekündigt. Die Demonstration wertete er als Beitrag zum Kampf um die Straße, die Köpfe und die Parlamente, die die NPD nach dem gescheiterten Verbotsverfahren verstärkt wieder aufnehmen wolle.

Tatsächlich zeigte sich die rechtsextreme Szene am 1. Mai gespaltenener denn je. Die Freien Kameradschaften mobilisierten in Halle unter dem Motto „Arbeitsplätze statt Kriegseinsätze“ ebenfalls mehr als 1000 Teilnehmer. Auf Grund der starken Proteste von Gegnern musste der Demonstrationzug mehrmals stoppen und von der geplanten Route ablassen. Zahlreiche Jungnazis verließen deshalb vorzeitig die Demonstration. Die Polizei verhinderte einen Versuch von etwa hundert Neonazis, nach der Abschlusskundgebung eine von antifaschistischen Gruppen organisierte Demonstration in Merseburg zu besuchen. Ein weiterer Aufzug, den Steffen Hupka und eine „Bürgerinitiative für nationale Interessen“ in Frankfurt/Main angemeldet hatte, fiel gänzlich aus. Die Veranstalter sagten die Aktion kurzfristig ab. Antifaschisten, die eigentlich den Aufmarsch verhindern wollten, feierten diese Nachricht als Erfolg ihrer politischen Arbeit. Auch im vergangenen Jahr mussten die Rechten ihre Demonstration wegen der massiven Proteste schließlich absagen.

Peter Nowak

Aktivitäten**Organisierte Pleite****Schlechter Start für Dresdner Bündnis**

„Vereint wird die Rechte ... in den Mauern dieser Stadt“ zu den verschiedenen Wahlen im nächsten Jahr antreten“. Und da könne die Antifa da hinten pfeifen: „Das ist so!“ Kurz bevor ihm die Ordnungsbehörde an diesem 1. Mai vor den knapp 140 anwesenden Kameraden das Wort entzieht, kommt der Multifunktionär Klaus Menzel richtig in Fahrt. Nachdem er von der „ausufernden Kriminalität“ durch Ausländer gesprochen hat – „der größte Teil von ihnen ist es. Das ist Tatsache“, wird Menzels gefürchteter, weil ausufernder Redefluss gestoppt. Was wiederum den Anmelder des globalisierungskritischen Aufmarsches, Dieter Kern vom Lübecker Bündnis Rechts, nicht ruhen lässt, der hierin einen Kampf „Deutsche gegen Deutsche“ sieht. „Das ist Diskriminierung. Das ist Rassenhass.“

Dabei sollte dieser Aufzug, anknüpfend an die 1. Mai-Demonstrationen mit bis zu tausend Teilnehmern in den letzten Jahren, das erste öffentlich Zeichen des wenige Tage zuvor gegründeten „Nationalen Bündnis für Dresden“ sein. Die meisten Rechten waren allerdings nach Halle oder Berlin gefahren, die anderen Bündnispartner ließen sich auch nicht blicken. Neben dem Fußvolk blieben nur wenige „Promis“ wie Alexander Kleber von der JLO und der örtliche NPD-Chef Sven Hagendorf.

Schlecht besucht mit 25 Personen, gerechnet wurde mit dreimal so vielen Interessenten, war bereits die Gründungsveranstaltung des „Bündnisses“. Damit es nicht ganz so dürftig erschien, trat der Chef der NPD Görlitz, Jürgen Krumpholz, als Vertreter des Bündnis Rechts auf und Wolfgang Schwarz, der ehemalige Vorsitzende der Dresdner Republikaner, firmierte als parteilos. Vom NPD-Blatt „Deutsche Stimme“ war unter anderem der Chefredakteur und Parteibundesvize Holger Apfel vor Ort. Neben Klaus Menzel als sächsischer Landesvize der NPD war mit René Despang vom Dresdner Kreisverband noch ein weiterer Organisator des 1. Mai dabei.

Der Einschätzung, dass es sich bei dem „Bündnis“ um eine NPD-dominierte Veranstaltung handelt, die mit dem Namen ein nur scheinbar unverfängliches Äußeres hat, ist kaum zu widersprechen.

Lukas Kilian

Am Rande**Staatlicher Segen**

In der Shell-Jugendstudie verbreitet ein vorbestrafter Neonazi unverblümt sein braunes Weltbild.

Die letztjährige Shell-Jugendstudie stützte ihre repräsentativen Ergebnisse auf die Befragung von 2515 Jugendlichen im Alter von 12 bis 25 Jahren. Das Team um Wissenschaftler Klaus Hurrelmann ging der Frage nach, warum sich Jugendliche politisch engagieren und erstellte unter anderem auch Porträts von 20 ausgewählten Jugendlichen. „Die Bandbreite der präsentierten Aktivitäten reicht von einer engen Anbindung an etablierte politische Strukturen bis zum reinen Internetengagement“, heißt es in der Studie. Dass sich unter den Porträtierten ausgerechnet ein organisierter Neonazi befindet, deutet zunächst auf die Authentizität zur aktuellen gesellschaftlichen Situation innerhalb der Jugendkulturen hin.

Robert R., 21 Jahre, engagiert sich für „eine nationale Wende, unter anderem im Störtebeker-Netz“, heißt es auf S. 332 der Studie lapidar. Unter der Überschrift „Wenn man eine Überzeugung hat, ist das die Hauptsache“, entspinnt sich auf etwa zehn weiteren Seiten das gefährliche Weltbild des Rechtsextremisten. Es soll sich dabei um Robert Rupprecht aus Stralsund handeln. Völlig unkommentiert darf der wegen Körperverletzung vorbestrafte Neonazi sein „ideales politisches System“ feiern: das des Dritten Reiches. In der einleitenden Zusammenfassung der Studie heißt es: „Seine heutigen politischen Aktivitäten sind das Schreiben für die Internet-Zeitschrift ‘Störtebeker-Netz’ und die Briefpartnerschaften der HNG. Weiterhin ist davon auszugehen, dass er Demonstrationen und andere Aktionen organisiert.“

Die Studie warnt in ihrer Einleitung weder vor den verfassungsfeindlichen Bestrebungen der HNG als größte Neonazi-Organisation Deutschlands, noch vor den rassistischen Parolen und Aufrufen im „Störtebeker-Netz“. Im Gegenteil, dann kommt Neonazi Robert R. direkt zu Wort: „Im Prinzip ist das Störtebeker-Netz die einzige politische Aktivität, die wirklich Sinn macht. (...) Außerdem bin ich in der ‘Hilfsgemeinschaft nationaler Gefangener’ (HNG). Die haben mich während meiner Haftzeit damals betreut, also mach ich das auch. (...)“

Demokratie ist nun mal ziemlich schwer. Ich bevorzuge im Prinzip auch eine Staatsform, wie wir sie im Dritten Reich hatten. Da gab es große Staatsmänner, die waren nicht korrupt, die haben die deutsche Volksgemeinschaft zusammengeschweißt. (...) Die zwölf Jahre des Nationalsozialismus waren aus meiner Sicht die beste Zeit, die es in Deutschland je gegeben hat“.

Neben dem Neonazi Robert R. werden Porträts von Greenpeace-Aktivisten, Jungunternehmern, Attac-Anhängern und Internet-Freaks vorgestellt. Die Bundeszentrale für Politische Bildung vertreibt die Shell-Jugendstudie. Ob deren Leser die Gefährlichkeit antidemokratischer Organisationen wie die „HNG“ oder des „Störtebeker-Netz“ ohne weitere Hinweise der Autoren erkennen oder richtig einschätzen können, ist mehr als fragwürdig.

Auf die Frage, warum das wissenschaftliche Team nicht wenigstens warnende Anmerkungen zu den rechtsextremen Organisationen und Hintergründen eingebaut habe, zeigt sich die Pressestelle des Shell-Konzerns überrascht, aber nicht uninteressiert. Trotz des Medienrummels um die Studie sei dieser Kritikpunkt bisher nie zur Sprache gekommen, aber man werde für das nächste Jahr sicher darüber nachdenken.

Der Stralsunder Neonazi jedenfalls kann seine braune Ideologie mit staatlicher Unterstützung weiter verbreiten und seine besonders harten Sprüche sind in kursive Schrift gesetzt. *Andrea Röpke*

Hinweis

Berlin – „Lesen gegen das Vergessen“ lautet der Titel einer Veranstaltungsreihe, die die Stiftung Topographie des Terrors durchführt. Im Gespräch mit Andreas Nachama, dem geschäftsführenden Direktor der Stiftung, stellen Personen des öffentlichen Lebens Bücher zum Nationalsozialismus vor. Eröffnet wurde die Reihe am 6. Mai durch Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, der über Jorge Semprun „Was für ein schöner Sonntag!“ sprach. Weitere Termine sind am 3. Juni mit Dieter Scholz, (DGB-Landesvorsitzender) und am 10. Juni mit Peter Frey (ZDF). Dann sind die Politiker Hans Christian Ströbele (17.06.), Wolfgang Schäuble (24.06.) und Otto Schily (1.07.) an der Reihe. Veranstaltungsort: Martin-Gropius-Bau, Niederkirchnerstr. 7, 10963 Berlin, jeweils 19.00 Uhr. **Auskünfte:** Tel. 0307254509-12; www.topographie.de

Verfassungsschutz**Aktive Neonazis****Rechtsextreme Parteien im Abwärtstrend**

„Die NPD ist und bleibt eine verfassungsfeindliche Partei, die der Verfassungsschutz auch künftig beobachten wird“, betonte der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm bei der Vorstellung des aktuellen Landesberichts am 2. Mai in Potsdam. Mit nur mehr 190 Mitgliedern musste die NPD in Brandenburg Verluste hinnehmen (minus 15, die Jugendorganisation JN halbierte sich auf 15). Organisatorisch geht man aber künftig eigene Wege, der gemeinsame Landesband mit Berlin wurde vor wenigen Wochen aufgelöst, wie das NPD-Blatt „Deutsche Stimme“ vermeldete. Der brandenburgische Verfassungsschutz vermutet hinter dem Auseinanderbrechen Streitigkeiten mit dem Vorsitzenden Mario Schulz, sowie „weitere personelle Querelen“. Eine „Trendumkehr“ hinsichtlich gesunkener Mitgliederzahlen werde die Neugründung des Landesverbandes schwerlich bringen, heißt es dazu in einer Mitteilung der Behörde.

Kräftig Federn lassen musste die DVU, die im Potsdamer Landtag in Fraktionsstärke vertreten ist. Der Bericht bilanziert einen Abwärtstrend auf 230 Anhänger (minus 40), die „ohnehin schon spärlichen Aktivitäten“ würden stagnieren, heißt es. Ein Landesparteitag wurde zusammen mit dem Berliner Landesverband in Sachsen-Anhalt durchgeführt. Die Partei versuche, „ihre Kräfte zu bündeln“, wird festgehalten. Als „organisatorisch und personell ausgezerrt“ präsentierten sich die brandenburgischen Republikaner, die nur mehr über 80 Mitstreiter (minus 20) verfügten.

Nahezu gleich geblieben ist das Mitgliederpotenzial der Militanten (580) und Neonazis (200). Die neonazistische Kameradschaftsszene ist mit 160 Anhängern (plus 10) leicht angestiegen. Als Sammelbecken agiere der besonders aktive „Märkische Heimatschutz“, wobei der Bericht erneut die Verbindung zu dem NPD-Bundesgeschäftsführer Frank Schwerdt hervorhebt.

Leicht rückläufig, aber erschreckend brutal, sind die von Rechtsextremen begangenen Gewalttaten mit 81 (87) Vorfällen; angestiegen sind die rechtsextrem motivierten Gewaltdelikte auf 78 (67), knapp zwei Drittel mit fremdenfeindlichem Hintergrund. Die Täter wähten sich manchmal im „Einklang mit Volkes Meinung“ und würden freimütig ihre Tatmotive bekennen, wird im Bericht angemerkt. G.N.

Verfassungsschutz**Rückzug im Norden****Personenpotenzial deutlich reduziert**

Der Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern ist auf dem Rückzug. Das geht aus dem Extremismusbericht 2002 hervor, der im Vergleich zum Vorjahr weniger Skinheads und Neonazis auflistet und erneute Mitgliederverluste bei rechtsextremen Parteien vermeldet. Die Verfassungsschützer erklärten diese Entwicklung mit einem „momentan erkennbaren Verlust an Attraktivität der rechtsextremistischen Subkultur für junge Menschen“, die von Präventionsmaßnahmen und dem Repressionsdruck des Staates flankiert wird. Die Experten ließen aber offen, ob es sich um eine „temporäre Erscheinung“ handelt oder sich ein „dauerhafter Trend“ abzeichnet. Sorge bereitet weiter die Gewaltbereitschaft von Teilen der Szene.

Das rechtsextremistische Personenpotenzial schrumpfte im Beobachtungsjahr 2002 deutlich zusammen. „Nur“ noch 800 (2001: 900) rechtsextremistische Skinheads und sonstige Gewaltbereite trieben in Mecklenburg-Vorpommern ihr Unwesen. Mit festen Organisationsstrukturen im Skinhead- und Neonazispektrum können nur noch die so genannten „Kameradschaften“ aufwarten. Zu den aktiven Zusammenschlüssen gehören zurzeit: Freier Kameradschaftsbund Bad Doberan, die Kameradschaftsbünde Usedom, Anklam und Mecklenburg sowie die Kameradschaft Stralsund und die National-Germanische Bruderschaft. Deren öffentliche Aktivitäten sind meist an den Volkstrauertag und den Todestag von Rudolf Heß gekoppelt.

Lokal begrenzt aktive „Freie Nationalisten“ (Schwerpunkte in Rostock, und den Landkreisen Ostvorpommern, Uecker-Randow und Ludwigslust) machen dagegen vor allem gegen die multikulturelle Gesellschaft, Globalisierung und den Drogenhandel mobil. Gemeinsame Kernüberzeugungen sind: ein aggressiver Nationalismus, gewaltbereite Fremdenfeindlichkeit, der Wunsch nach Bildung einer Volksgemeinschaft auf „rassistischer“ Basis und das Ideal eines militärisch straff durchorganisierten Führerstaates.

DVU und Republikaner (REP) spielten 2002 in der Öffentlichkeit keine Rolle. Die Mitgliederstärke hat sich jeweils bei unter 100 Personen eingependelt. Die NPD verlor 20 Mitglieder und zählt nunmehr 200 Aktivisten.

Volker Stahl

Ausland**„Blutsbrüder“**

Kriminelle rechtsextreme US-amerikanische Gefängnisorganisation unterhält Beziehungen zur Unterwelt.

In den USA sind 40 Mitglieder der rechtsextremen Gefängnisgang „Aryan Brotherhood“ („Arische Bruderschaft“; AB) wegen 16-fachen Mordes und 16-fachen versuchten Mordes vor einem Bundesgericht in Los Angeles angeklagt worden. Während sich 32 Verdächtige in Haft befinden, wurden acht in verschiedenen Landesteilen festgenommen. Zwei Personen sind flüchtig. Die umfangreiche 110-seitige Anklage ist das Resultat sechsjähriger Ermittlungen, die neben den vollendeten und versuchten Morden auch Drogenhandel, illegales Glücksspiel und Schutzgelderpressung – größtenteils innerhalb von Gefängnissen – umfasst.

■ **Auftragsmorde für die Mafia** ■

Die „Arische Bruderschaft“, im Jahre 1964 von rassistischen weißen Häftlingen in Reaktion auf die aufkommende „Black Power“-Bewegung gegründet, ist vor allem in kalifornischen Gefängnissen, aber auch im (in den USA separaten) föderalen Gefängnisssystem aktiv und hat über die Jahre ihre kriminellen Aktivitäten auch außerhalb der Haftanstalten ausgebaut. Es bestehen zwei Teilstrukturen der AB, wobei eine für die kalifornischen, die andere für die Bundesgefängnisse zuständig ist. Im Jahre 1980 formte letztere sogar eine dreiköpfige Kommission, um die Aktivitäten der Gang zu koordinieren und unter anderem auch Mordaufträge zu erteilen. Im Jahre 1982 bildete dann der kalifornische Teil der „Bruderschaft“ ebenfalls eine solche Kommission.

Um in die AB aufgenommen zu werden, müssen die Kandidaten als „Arier“ identifiziert werden und dann ein Jahr Probezeit bestehen, in der jede Art von Loyalitätsbezeugungen bis hin zum Mord zu leisten sind. Nach der bestandenen Probezeit gilt es, einen Schwur abzulegen, der die Betroffenen zu „Blutsbrüdern“ auf Lebenszeit macht. Neben dem erklärten „Rassenkrieg“ verfolgte die „Bruderschaft“ jedoch vor allem kriminelle Geschäfte. Dabei waren entlassene AB-Mitglieder für ihre nach wie vor einsitzenden „Brüder“ verantwortlich

und bei Androhung des Todes verpflichtet, diese mit Drogen und frischem Geld zu versorgen. Dabei rückte das einstmals bestimmende rassistische Moment immer wieder in den Hintergrund und Allianzen mit asiatischen (zum Drogenimport aus Thailand) und mexikanischen Gangs sind keine Seltenheit. Als AB-Zentrale gilt erstaunlicherweise das vor Kameras und Überwachungstechnik nur so strotzende so genannte Supermax-Hochsicherheitsgefängnis in Florence, Colorado, in dem nur Schwerstverbrecher streng isoliert untergebracht sind. Möglicherweise gelang es aber den AB-Führern, durch bestochene Wärter und ein ausgeklügeltes Codesystem miteinander und mit der Außenwelt zu kommunizieren.

■ **Kandidaten als Arier identifiziert** ■

Pikanterweise deckt die Anklageschrift gegen die AB auch Verbindungen der Rechtsextremisten zur New Yorker Mafia auf. So soll nicht nur die berühmte Gambino-Familie mit aus der Haft entlassenen AB-Mitgliedern Drogengeschäfte und Schutzgelderpressungen ausgeführt haben, Bruderschaftler sollen für den im letzten Jahr verstorbenen Mafiaboss John „Dapper Don“ Gotti zwei Auftragsmorde ausgeführt haben. Durch hemmungslose Gewalttätigkeit hatte sich die „Bruderschaft“ einen derartigen Ruf erworben, dass sogar inhaftierte Mafiagrößen sich den AB-Führern unterordneten und Schutzgeld bezahlten. In den späten 90er Jahren erkannten beide Seiten jedoch, dass es für alle am ertragreichsten wäre, zusammen zu operieren. Zu diesem Zeitpunkt nahmen laut Anklage die AB-Führer David Sahakian, Michael „Big Mac“ McElhiney, Barry „the Baron“ Mills und Tyler „the Hulk“ Bingham Kontakt mit Gotti, dem Drogenboss Oreste Abbamonte und dem ehemaligen Unterweltboss von Philadelphia Nicodemo „Little Nicky“ Scarfo auf. So wandte sich der inhaftierte „Dapper Don“ angeblich schon 1996 hilfesuchend an die AB und vergab an sie den Auftragsmord an einem Mithäftling im Hochsicherheitsgefängnis von Marion, Illinois, der ihn zusammengeschlagen hatte. Gleichmaßen wurde 1997 der von Gotti des Verrats verdächtige Frank Locascio zum „Abschuss“ freigegeben.

Unterdessen haben sich fünf der Angeklagten für schuldig befunden und Aussagen gemacht. Erste Urteile in diesem komplexen und beispiellosen Vorgang werden demnächst erwartet.

Thomas Grumke

Grauzone**„Unterwerfung“****Roland Schill brüskiert die Kirche**

Eigentlich war der Abschluss des Staatskirchenvertrages zwischen dem Hamburger Senat und der Nordelbischen Kirche eine längst fällige Formalie. Kurz vor der Unterzeichnung des Schriftstücks preschte wieder einmal Innensenator Ronald Schill in bewährter Manier vor und bremste die Verhandlungspartner aus. Seine etwas eigenwillige Begründung: „Ein Hamburger kniet vor niemandem nieder, auch nicht vor der Kirche.“ Wer einen Vertrag schließe, verpflichte sich zu etwas, er unterwerfe sich. Den Vertrag bezeichnete er als „höchstens von symbolischem Wert“.

Schills Worte – starker Tobak für Senatskollegen, Opposition und Evangelische Kirche, die ebenso überrascht wie entsetzt reagierten. „Ich erwarte, dass er mehr Achtung und Respekt vor demokratischen Institutionen wie der Kirche zeigt. Populistische Sprüche helfen nicht weiter“, ereiferte sich Finanzsenator Wolfgang Peiner (CDU), der in einem Gespräch mit dem „Hamburger Abendblatt“ betonte, seit Jahrzehnten Kirchenmitglied zu sein. Auch die SPD ließ kein gutes Haar an dem forschen Auftritt des Innensensors. Fraktionschef Walter Zuckerer forderte Bürgermeister Ole von Beust (CDU) auf, seine Stellvertreter zurückzupfeifen: „Schills Verhalten ist indiskutabel. Es stellt sich erneut die Frage, ob er auf Dauer in seinem Amt tragfähig ist.“ Er schade Hamburg bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Auch die Verbindungsfrau der Kirche ins Rathaus, Elisabeth Chowaniec, reagierte mit Unverständnis: „Dieser Vertrag sollte zwischen Partnern abgeschlossen werden, die sich auf Augenhöhe begegnen. Von Niederknien kann keine Rede sein.“

Jetzt soll noch einmal über die Vorlage diskutiert werden – auch in der Schill-Fraktion, die den Kurs ihres Spiritus Rector durchaus kritisch beäugt. Hinter vorgehaltener Hand wird im Rathaus offen über den wahren Grund für Schills Alleingang gesprochen: Er kann nicht mit der progressiven Bischöfin Maria Jepsen, die sich über die Politik der rechts-liberalen Koalition aus CDU, Schill und FDP gegen Minderheiten mehrfach öffentlich kritisch geäußert hatte. Für diese Haltung bezeichnete Schill Jepsen als „Gutmensch“. *Volker Stahl*

Demokratische Initiativen**Geballte Information****Neue Internet-Plattform gegen Rechts**

Fast schon in Tradition ihrer inzwischen fast drei Jahre währenden Zusammenarbeit haben das Hamburger Magazin „Stern“ und die Berliner Antonio-Amadeu-Stiftung nun eine gemeinsame Homepage gegründet. Unter www.mut-gegen-rechte-gewalt.de findet man seit dem 29. April eine journalistisch aufbereitete Internet-Plattform mit gesammelten Informationen rund um die Themenkomplexe Rechtsextremismus, Rassismus und Zivilgesellschaft. Die Site, die in den Räumen der Amadeu-Stiftung produziert wird, sammelt täglich einschlägige Presseartikel, aber auch Stimmen prominenter Unterstützer von Wolfgang Thierse über Michael Ballack bis zu den „Ärzten“. Für Hintergrundinformationen sorgen wissenschaftliche Beiträge, unter anderem von dem Bielefelder Jugendforscher Wilhelm Heitmeyer. Wer sich weniger über das aktuelle Geschehen und stärker über das Engagement gegen Rechts informieren möchte, findet unter www.gegen-rechte-gewalt.de zahlreiche informative Projektporträts sowie eine umfangreiche Linksammlung. Löblich ist ein umfangreicher Terminkalender, der bereits jetzt Informationen über anstehende Ausstellungen, Tagungen, Seminare für die nächsten Monate sammelt. Hier wird auch deutlich, dass die Website offenbar nicht vorhat, als Mobilisierungsorgan für die Antifa- und antirassistische Szene zu wirken: Die Kundgebungen gegen den NPD-Marsch am 1. Mai waren jedenfalls noch am Abend zuvor nicht unter dem Stichwort „Terminkalender gegen Rechtsextremismus“ auffindbar. Stark vertreten ist dafür das Thema „Zivilgesellschaft“ – von der Frage, wie die „ganz normale Bürgerversammlung“ den Zugang eines Asylbewerberheims diskutiert bis zu der, was der Einzelne in seiner Umgebung tun kann.

Bundesfamilienministerin Renate Schmidt (SPD) lobte das Online-Angebot bei dessen Vorstellung als „gute Initiative, um die Zivilgesellschaft zu stärken“. Der Kampf gegen Rechts müsse immer wieder neu aufgenommen werden; dabei seien alle gefordert, sagte sie. Gleichzeitig kündigte sie an, dass die Bundesregierung im kommenden Jahr 45,5 Millionen Euro für die Bekämpfung des Rechtsextremismus bereitstellen würde. *Jeannette Goddar*
www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

Demokratische Initiativen**Mehr Kooperation****Bekämpfung des Rechtsextremismus aus transatlantischer Perspektive.**

Bereits im zweiten Jahr fand vom 29. April bis zum 2. Mai 2003 ein Workshop unter Beteiligung deutscher und amerikanischer Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zum Thema Rechtsextremismus statt. Nachdem im vergangenen Jahr die Anti-Defamation League (ADL) in New York und das Anne Frank-Zentrum in Berlin Gastgeber für einen jeweils dreitägigen intensiven Meinungsaustausch waren, wurde die diesjährige Tagung mit Unterstützung des Washingtoner Büros der Friedrich Ebert Stiftung beim Southern Poverty Law Center (SPLC) in Montgomery, Alabama, durchgeführt.

Die ursprünglich von den Berliner Politikwissenschaftlern Thomas Greven und Thomas Grumke konzipierte Idee, deutsche und amerikanische Expertinnen und Experten zum Thema Rechtsextremismus und vor allem dessen Bekämpfung in Reaktion auf die zu beobachtende Internationalisierung des Phänomens zusammenzubringen, hat sich nunmehr in einer fortlaufenden jährlichen Tagungsreihe verstetigt. Wie im vergangenen Jahr nahmen Vertreter der führenden amerikanischen NGOs (neben ADL und SPLC auch des Simon Wiesenthal Centers) ebenso teil wie frühere sowie derzeitige Mitarbeiter des Zentrum Demokratische Kultur (ZDK), Miteinander e.V. sowie der Freien Universität Berlin. Begrüßt wurde auch Mike Whine vom Board of Deputies of British Jews.

In dem vom SPLC organisierten Rahmen fand ein für alle Beteiligten überaus ergiebiger und fruchtbarer Workshop in einer intensiven Arbeitsatmosphäre statt. Der erste Konferenztag war Vorträgen über die neuesten Entwicklungen der rechtsextremen Szenen Deutschlands, der USA und Großbritanniens unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Zusammenarbeit und länderübergreifend signifikanter ideologischer Elemente wie Antisemitismus (oftmals gewendet als Antizionismus), Antiamerikanismus oder Globalisierungsgegnerschaft gewidmet. Gekrönt wurde der Tag von einem von SPLC-Mitbegründer Morris Dees, vor allem bekannt für seine bahnbrechenden gerichtlichen Erfolge gegen rechtsextreme Gruppen, ausgerichtetem privaten Dinner für alle Beteiligten.

Tag zwei konzentrierte sich auf Strategien im Kampf gegen Rechtsextremismus mit dem Ziel, von den jeweiligen Erfahrungen zu lernen und zu profitieren. Von besonderem Interesse waren vor allem für die deutschen Teilnehmer die Ausführungen über den effizienten Gebrauch von Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit durch den Chefredakteur des SPLC-Magazins „Intelligence Report“, Mark Potok. Weitere Vorträge, so zur Zusammenarbeit mit Polizei und Behörden beziehungsweise zu juristischen Strategien und Investigation hielten Mark Pittcavage (ADL) sowie Joe Roy und Richard Cohen, beide SPLC. Zu Wort kamen auch die europäischen Teilnehmer: Über Gegenstrategien und praktische Erfahrungen unter anderem in den Bereichen Schule und Mobile Beratung in Deutschland berichteten Brigitte Brück (früher Miteinander e.V.) sowie Lorenz Korgel und Herbert Weber (ZDK), Mike Whine referierte über die entsprechende Situation in Großbritannien. Thema waren auch die gegenwärtigen Schwierigkeiten zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen rechts in Deutschland. Abgerundet wurde der Tag durch eine von Dieter Dettke, Direktor des Washingtoner Büros der Ebert-Stiftung, eingeleitete Diskussion über Möglichkeiten deutsch-amerikanischer Zusammenarbeit zur Rechtsextremismusbekämpfung. Unter den Beteiligten bestand Einigkeit, dass vor allem hinsichtlich der immer stärkeren internationalen Vernetzung der extremen Rechten eine stärkere transatlantische Kooperation angezeigt ist.

Tag drei des Workshops war dem zentralen Thema der Immigration gewidmet mit Vorträgen über die jeweilige Sachlage sowie Analysen zum Stellenwert des Themas im extrem rechten Diskurs in den USA (Heidi Beirich und Bob Moser, SPLC sowie Marilyn Mayo, ADL) und Deutschland (Albert Scharenberg). Einen weiteren Höhepunkt stellte eine beeindruckende Präsentation von Artefakten aus den Zeiten der Sklaverei durch Mary Ann und Jim Petty sowie den Direktor des Museums von Mobile, Alabama, George Ewert, dar.

Am Abschlusstag konnten die deutschen Tagungsteilnehmer mit Mitarbeitern des SPLC-Programms „Teaching Tolerance“ und der hochprofessionellen Abteilung „Fundraising“ diskutieren, die den Zuhörern eine Reihe hilfreicher Tipps mit auf den Weg gaben. Nach allseits positivem Feedback planen die Tagungsorganisatoren Thomas Greven und Thomas Grumke, den Workshop in dem bewährten Format auch im Jahre 2004 weiterzuführen, dann wieder in Europa.

Jonas Gutzeit

Demokratische Initiativen

Ort der Begegnung

Das jüdische Museum mit Erfolgsbilanz.

Über die erfolgreiche Bilanz der ersten anderthalb Jahre und die Vorhaben zum bevorstehenden zweiten Geburtstag des Jüdischen Museums informierte die Stellvertreterin des Direktors und Programmdirektorin des Museums, Cilly Kugelman, in einem „blick nach rechts“-Gespräch. Sie erinnerte an die zwiespältige Atmosphäre der Eröffnungstage im September 2000. Die Freude über den langersehnten Ausstellungsbeginn schlug am 11. September jäh um, als die Nachricht vom Terroranschlag auf das World Trade Center eintraf. Das Jubiläum soll beide Aspekte widerspiegeln: die Genugtuung über die überwältigende Zustimmung, mit der die Menschen das neue Museum aufgenommen haben, aber auch den internationalen Kontext, die unvorhersehbare Zeitgleichheit mit dem Geschehen in New York, „die wie das ganze Museum demonstriert, wie kompliziert die Welt ist, in der wir leben“. Geplant ist dazu eine Ausstellung über das Schaffen von Daniel Libeskind, des Schöpfers des Museumsgebäudes, dessen Architektur in der ganzen Welt Beachtung fand, und Siegers im Wettbewerb um die Neubebauung des Ground Zero. „Im Zentrum soll jene Architektur stehen, mit der sich Daniel Libeskind einen Namen gemacht hat, das symbolische Aufgreifen welthistorischer Ereignisse und ihre Analyse in der Sprache des Architekten. Dazu wollen wir das zeigen, was in Berlin Wirklichkeit wurde, was er in zahlreichen Wettbewerben vorgeschlagen, aber nicht gebaut hat, und was er nunmehr für New York projektiert“, erläutert Cilly Kugelman.

Am 23. Mai beginnt ein Sommerprogramm im Garten, das bis September dauert und Lesungen wie Konzerte einschließt. „Es ist ein wenig in den Hintergrund getreten, dass das Museumsgebäude in eine schöne Anlage eingebettet ist“, sagt die Direktorin. Dabei ist sie Bestandteil der Libeskindschen Philosophie und ihrer politischen Aussage. Zur Geburtstagsfeier des Museums ist am 13. September freier Eintritt für jedermann.

Die Besucherbilanz ist überaus erfreulich. Das Jüdische Museum hat einen führenden Platz errungen. „Ganz nüchtern ist festzustellen: Es sind viel mehr Besucher gekommen, als wir je zu hoffen

wagten. Und es ist für ein historisches Museum nicht selbstverständlich, so viele junge Menschen begrüßen zu können wie wir. Ich rede nicht von den Schulbesuchen, über die oft der Lehrer entscheidet, sondern von den Nachmittagen, wo man privat ins Museum geht.“

Nach Auffassung Cilly Kugelmans ist das ein Kompliment an die Gestalter, an die Art der Ausstellung, in die sehr viele didaktische Überlegungen eingeflossen sind, wo immer wieder interaktive Installationen zum Mitmachen einladen. Bemerkenswert, weil in Deutschland sonst nicht üblich, sei auch, dass ganze Familien gemeinsam kommen. Das Jüdische Museum sei eben ein Ort, in dem man seine Freizeit verbringt. Dabei spielten auch die jungen Mitarbeiter des Museums in den Sälen – meist Studenten der Geschichte und der Judaistik – eine Rolle. Sie würden so geschult, dass sie sich nicht als „Aufsicht“ fühlen, sondern auf Menschen zugehen, die offensichtlich Fragen haben, ihnen antworten und sie beraten. Das Museum befriedige Bildungsneugier und Unterhaltungsbedürfnis. Es sei kein Museum für jüdisch-religiöse Kultur und auch keine oberflächliche Zurschaustellung von Persönlichkeiten, sondern ein historisches Museum zur Darstellung der widersprüchlichen, konfliktreichen, ambivalenten und paradoxen deutsch-jüdischen Geschichte, einer sehr langen Geschichte, die dieses Land und seine Kultur viel stärker mitgeprägt haben, als es das vielleicht selbst wahrhaben wolle oder ex negativo in einem antisemitischen Sinne empfand.

Was die religiöse Kultur betrifft, so sei es Anliegen des Museums, sie auch in ihren historischen Zusammenhang einzubetten, also nicht einem Modell zu folgen, das etwa die jüdischen Feiertage in ihrem Jahreszyklus abhandelt und die dazu benötigten Kultgegenstände von A bis Z zeigt. „Eher wird der Versuch unternommen, deutlich zu machen, dass das Spezifische am religiösen Judentum eine Gleichzeitigkeit von einem konservativen Regelwerk mit hoher Flexibilität der Anpassung und Umdeutung ist.“ Das werde an Themen veranschaulicht, die sehr grundsätzlich für das religiöse Judentum sind: von Hochzeit und Geburt mit Beschneidung bis zu den Regeln des Kaschrut (der rituellen Reinheit) und zum Schabbat. Die Objekte illustrieren: „Das Judentum ist vor allem eine Lebensform, ruht auf einer Achse zwischen Herkunft und Lebensführung, verbindet uralte Traditionen und Moderne. Hier sehe ich auch das Geheimnis seiner Überlebensfähigkeit.“ *Ralf Bachmann*

Zeitschriftenschau

Periodika der extremen Rechten

„Junge Freiheit“ (JF), 18. Jg., Nr. 17-19/2003: Der (angebliche) „Privatkrieg von NRW“ gegen die JF“ nimmt für Dieter Stein „immer bizzarere Züge an. Mittels des „operativen Kampfbegriffs“ der „Neuen Rechten“ würden jetzt „konservative und ‘rechte’ Positionen“ (im Visier dabei die JF) unter Druck gesetzt, empört sich der JF-Chefredakteur. Mit den „millionenschweren Programmen“ gegen Rechtsextremismus wolle die Bundesregierung „quasi die ‘zivilgesellschaftliche’ Umerziehung eines ganzen Volkes“ bewirken, geißelt Manuel Ochsenreiter. Klaus Motschmann bemängelt, dass aus „geringfügigen Prügeleien“ schnell ein „geschlossenes rechtsradikales Weltbild“ gebastelt würde, während man bei Straftaten von Ausländern zu beschwichtigen suche. Netzwerke wie „Kanal Attak“, die eine „Gegenhaltung zum deutschen Volk“ propagierten, würden von „Propagandisten einer ‘multikulturellen’ Gesellschaft“ hofiert, kritisiert Claus Wolfschlag. Der rechtsextreme Multiaktivist Alfred Mechttersheimer bedauert, dass die Bundesregierung die Friedensfrage nur als eine außenpolitische Frage verstehe und nicht die „Bürgerkriegsgefahr durch Zuwanderung“ begreife. Für Doris Neujahr muss jetzt die „außenpolitische Emanzipation Deutschlands“ folgen. Das mehrheitlich von der Bevölkerung unterstützte „Nein zum Krieg“ könne auch als „Nein zu einer fremdbestimmten Mythomotorik und politischen Dogmatik“ interpretiert werden – wofür Neujahr mehrfach Auschwitz anführt. Richard Stoltz charakterisiert die rechtsextreme Gesellschaft für Freie Publizistik als „Zusammenschluss von Verlegern, Redakteuren, Schriftstellern und Buchhändlern, die sich für die Freiheit des Wortes einsetzen“. „Ein Pflänzchen publizistischer Hoffnung“ sprießen sieht Stein durch die neue Zeitschrift „Sezession“, die vom der JF nahestehenden Institut für Staatspolitik (IfS) herausgegeben wird. Laut Wolfgang Saur sei es Anliegen des IfS, „Schneisen ins ‘politisch-mediale Beziehungsdickicht’ zu schlagen, wie es sich in einer Veröffentlichung zur „Leitkulturdebatte“ und „Antisemitismusstreit“ ausdrücke und womit das vorherrschende „moralische Nötigungsklima“ belegt würde. Im Visier steht wieder einmal die Wehrmachtssausstellung. Meinrad von Ow mokiert sich besonders darüber, dass Mitwirkende und Förderer der alten wie der überarbeiteten neuen Schau personell identisch seien. (gn)

„Nation&Europa“ (NE), 53. Jg., Heft 5/2003: Das Maiheft wartet mit einer Premiere auf: Dem Ex-FDP-Hochleistungsdemokraten Jürgen Möllemann „fühlte NE-Mitarbeiter Eric Weber ... auf den Zahn“. Der will jedoch nicht dessen Lockung folgen, rechts der Mitte, spricht der NE-Klientel, Raum für eine eigene Parteigründung zu sehen und setzt sich von Schill ab („steht auf Kriegsfuß mit dem Rechtsstaat und ... mir damit extrem fern“). Mit seinem Bericht über das Ostertreffen rechter „Parteien, Politiker und Publizisten“ in Nizza vermittelt Harald Neubauer, dass der Veranstalter und Front National-Chef Jean-Marie Le Pen dem REP-Anführer Rolf Schlierer seine Gunst entzogen habe. Als Vertreter „der deutschen Rechtsparteien“ (CDU/CSU werden sich bedanken) sei die DVU des Verlegers Gerhard Frey, der seinen Sohn Matthias geschickt habe, eingeladen worden. Wladimir Schirinowski wird zitiert mit der gegen „das angloamerikanische Weltherrschaftsstreben“ gestifteten französisch-deutsch-russischen Zusammenarbeit. Als Botschaft wird die Absage an einen Beitritt der Türkei zur EU vermittelt. Roland Wuttke kommentiert den „Pyrrhus-Sieg am Tigris“; er vermisst in der amerikanischen Politik die Demokratie und sieht sie auch nicht im Irak. Denselben Tenor verfolgt Karl Richters Bewertung der „US-Kriegspolitik“, den französischen Historiker Emmanuel Todd aufgreifend, sieht er die USA als „Großmacht im Abstieg“. Auch für Richter steht die Frontbildung der Europäer (unter Einschluss Chinas) im Vordergrund. Franz Schönhuber geißelt, mit einer seiner beliebten Parallelisierungen zu den Nazis – hier Goebbels – die servile Berichterstattung der Springerpresse und Sabine Christiansens einschließlich ihrer Talkgäste. Objektive Berichte vermittelten ihm nur Peter Scholl-Latour und der Sender al-Dschasira. Die Wahrheit über den Irak-Krieg sieht Schönhuber erst nach einem langen Zeitraum, wie bei den Verbrechen von Katyn. Auch auffallend viele Berichte mit antijüdischer Tendenz: (Kontrolle des deutschen Fernsehens durch den „Israel“ Haim Saban; Finanzskandale in der deutsch-polnischen Stiftung „Versöhnung“ und in jüdischen Gemeinden Sachsen-Anhalts; die Erkenntnis des nordrhein-westfälischen Landtagsabgeordneten Jamal Karsli, weiland Grüner und FDP, Israel habe zum Irak-Krieg gedrängt; Wolfgang Strauss über die „Führungsdominanz bolschewistischer Juden“ in der Roten Armee). Den regelmäßigen Abgesang auf die deutsche Demokratie intoniert Karl Flöter, bis zu seinem Parteiaustritt hessischer CDU-Kreistagsabgeordneter. Zum 80. Jahrestag seines Todes schließlich noch ein Weihegesang auf Albert Leo Schlageter. (khr)

Zwischenruf

Nichts gewusst!

Dass Politiker, wenn sie nicht mehr gefragt sind, sich auch extremeren Medien zuwenden, ist nichts Ungewöhnliches. Der FDP-Politiker Möllemann hat „Nation&Europa“ ein in der jüngsten Ausgabe just hinter der Analyse seines vormaligen Büchenspanners Jamal Karsli über die „zionistische Lobby in den USA“ und den Irakkrieg platziertes Interview (S. 38 samt Möllemann-Bild bei der Buchpräsentation) gegeben. Würde man ihn darauf ansprechen, so würde er uns möglicherweise die Standardantwort fehlgeleiteter Politiker geben, er habe gar nicht gewusst, dass er mit einem verfassungsschutznotorischen Rechtsblatt gesprochen habe. Oder: er habe nicht gewusst, dass dies das rechtsextreme Theorieblatt ist, das ihn als Hoffnungsträger der führungslosen extremen Rechten gehandelt habe. Oder: er habe nicht gewusst, dass sein Interviewpartner der Schweizer Nationalist Eric Weber war, der seit der Wende in Deutschland sein rechtes Heil sucht. Oder: In der Sache habe er doch nichts Falsches gesagt, sich deutlich von Schill distanziert (warum sollte ihn auch stützen, nachdem auch dessen Stern sinkt?). Den Ruf des ehemaligen Hoffnungsträgers des Liberalismus kann dieses Interview nicht mehr ruinieren. Das hat er schon selbst besorgt. *Klaus-Henning Rosen*

Bücherschau

Menschenzucht

Der nationalsozialistische Rassenwahn war durchgängig destruktiv. Wo er aber versuchte, die „arische Rasse“ nicht durch Ausgrenzung und Vernichtung Anderer, sondern durch Zucht und Germanisierung „aufzunorden“, konnte dies Konsequenzen haben, wie sie Kare Olsen in „Vater: Deutscher“ schildert. Nach der Eroberung Norwegens durch die deutsche Wehrmacht waren Hunderttausende deutscher Soldaten in einem Land stationiert, dessen Bevölkerung der nationalsozialistischen Führung als rassisch wertvoll galt. Deshalb versuchte die SS, Kinder, die deutsche Soldaten mit norwegischen Frauen gezeugt hatten, in ihren Einflussbereich zu bringen und richtete in Norwegen die erste Lebensbornstelle außerhalb des Deutschen Reiches ein. Sie hatte 200 bis 300 Mitarbeiter

und nahm die schwangeren Norwegerinnen in Heime auf, wo sie entbanden und mit ihren Kindern lebten. Insgesamt hatte der Lebensborn mit 7600 der insgesamt 12 000 Fälle deutsch-norwegischer Kinder während der Besatzung zu tun.

Trotz des karitativen Anscheins arbeitete der norwegische Zweig des Lebensborn ausschließlich bevölkerungspolitisch. Die Frauen wurden nach Rassemerkmalen untersucht und mussten Formulare ausfüllen, in denen nach Herkunft, Gesundheit und Fotos ihrer Eltern und Großeltern gefragt wurde. Auch Weltanschauung und Lebensführung wurden untersucht. Wenn die nordnorwegischen Samen, die zur mongolischen Rasse gezählt wurden, in der Ahnenreihe vorkamen oder die Mutter einen „absolut minderwertigen Eindruck“ machte, wurde das Kind in ein Kinderheim gegeben. Etwa 200 Kinder brachte man zur Adoption nach Deutschland, um die „Volksgemeinschaft“ rassisch zu verbessern, ohne dass die ledigen Mütter davon erfuhren.

1944 ordnete Hitlerdeutschland an, dass die in Norwegen lebenden deutschen Frauen und Kinder ins Reich gebracht werden sollten. Für Norwegerinnen, die durch die Heirat oder „Fernheirat“ mit einem Deutschen automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten hatten, konnte das „heim ins Reich“ bedeuten, dass sie statt ihrer Flitterwochen vom Partner an der Ostfront getrennt zu den Schwiegereltern reisten und in die schlimmste Zeit der Bombardierung und Not gerieten. Das Schiff Monte Rosa mit 700 oft schwangeren Frauen und Kindern lief beinahe auf eine Seemine, und als es in Swinemünde ankam, gab es keine Unterkunft. Die „Aktion Rückführung“ endete damit, dass die Frauen, die meist kein Deutsch konnten, sich in den Elendszug der Flüchtlinge und Vertriebenen einreihen, während sich gleichzeitig in Deutschland lebende Norweger unter ähnlichen Gefahren in ihre Heimat durchschlugen.

Die SS wollte ein biologisch identisches Volk züchten. Was blieb, war das Identitätsproblem vieler norwegischer Lebensbornkinder und -mütter, die nach Kriegsende diskriminiert wurden. Erst spät erfuhren sie, wer ihr Vater war oder warum sie keinen hatten. Kare Olsen, der im Reichsarchiv Oslo diese Anfragen bearbeitete, hat eine sorgfältig gearbeitete und belegte Studie vorgelegt. *F.P. Heller*
Kare Olsen, Vater: Deutscher. Das Schicksal der norwegischen Lebensbornkinder und ihrer Mütter von 1940 bis heute, Übersetzung Ebba Drolshagen, Frankfurt 2002 (Campus), 398 Seiten, 29,80 EUR.

Meldungen**Inland**

■ **Alzey/Worms** – Ein Ortsbürgermeister im Raum Alzey/Worms hat die Sporthalle seiner Gemeinde an den Veranstalter eines Skinhead-Konzerts vermietet. Am 12. April kamen schließlich rund 300 Glatzen. Zwischen zwei Handballtoren spielten Bands wie „Tollshock“ (Österreich), „Sat18“ (Aachen), „White Resistance“ (Sachsen) und „T.H.O.R.“ (Sachsen). Als Überraschungsband trat „Nordwind“ auf. Den Ordnerdienst hatte die „Kameradschaft Saarlautern“ übernommen.

■ **Berlin** – Die NPD hat binnen eines Jahres rund 1000 Mitglieder verloren. Dies räumte Parteichef Udo Voigt in einem Beitrag für das NPD-Organ „Deutsche Stimme“ ein. Demnach zählt die Partei derzeit noch 5500 Mitglieder. Verfassungsschützer hatten die Mitgliederzahl für das Jahresende 2002 noch auf 6100 geschätzt. Die NPD halte an ihrem Drei-Säulen-Konzept des Kampfes um die Straße, um die Parlamente und um die Köpfe fest, schrieb Voigt. Gleichrangig sind diese Säulen in diesem und dem kommenden Jahr aber offenbar nicht, wenn es nach dem Willen des Parteivorsitzenden geht. 2003 solle für Schulungen sowie eine Struktur- und Verbandsreform genutzt werden, kündigte er an, das Jahr 2004 dann für einen verstärkten „Kampf um die Parlamente“.

■ **Berlin** – Berührungsängste kennt Heiner Kappel, früher FDP und Bund Freier Bürger und seit dem Sommer 2001 Bundesvorsitzender der Deutschen Partei (DP), nicht. In der Mai-Ausgabe des NPD-Organs „Deutsche Stimme“ (DS) steht Kappel dem stellvertretenden NPD-Vorsitzenden und DS-Chefredakteur Holger Apfel Rede und Antwort. Kappel bedauert im Interview, dass die „bestehenden nationalen und konservativen Parteien“ zu einem Zusammenschluss nicht bereit seien: „Die politische Rechte in Deutschland ist so sehr der jeweiligen ‚reinen Lehre‘ verhaftet, dass sie so niemals auf einen grünen Zweig kommen wird.“ Vom Ausgang der Bürgerschaftswahl in Bremen am 25. Mai, bei der die DP antritt, hängt nach Kappels Einschätzung Einiges ab: „Sollten wir verlieren, hat Deutschland ein weiteres Stück Hoffnung verloren.“

■ **Coburg** – Der Ex-FDP-Spitzenpolitiker Jürgen Möllemann ist Interviewpartner in der Mai-Aus-

gabe der rechtsextremen Strategiezeitschrift „Nation&Europa“ (NE). Möllemann betont, dass er die Gründung einer neuen Partei gründlich prüfen und dann entscheiden wolle. Der Bundestagsabgeordnete ist der Ansicht, dass seine Widersacher und die Medien versuchten, ihn in die rechte Ecke zu schieben, um ihn „mit den üblichen primitiven Schlagworten verteufeln“ zu können.

■ **Dortmund/Arnsberg** – Wohnungen von acht Mitgliedern der Neonazibands „Oidoxie“ und „Weisse Wölfe“, unter anderem in Dortmund und Arnsberg, hat der Staatsschutz am 6. Mai durchsucht. Die 24- bis 31-jährigen Bandmitglieder werden verdächtigt, CDs und Videos mit volksverhetzendem und nationalsozialistischem Inhalt hergestellt und verbreitet zu haben, erklärten Polizei und Staatsanwaltschaft. Umfangreiches Beweismaterial wurde sichergestellt. Wie berichtet (BnR 6/03), hatten die „Weissen Wölfe“ eine CD veröffentlicht, in der sie unter anderem unverhohlenen Gewalt und das NS-Regime verherrlicht hatten. Von der Band „Oidoxie“ war ein Beitrag auf der in Skandinavien hergestellten Videoproduktion „Kriegsbericht“ bekannt geworden: „Oidoxie“ ist darauf mit dem „Hakenkreuzlied“ vertreten. Zwischen beiden Bands gibt es BnR-Informationen zufolge personelle Überschneidungen.

■ **Esslingen** – Dem REP-Stadtrat Erich Otto Münzenmaier droht der Verlust seines kommunalpolitischen Mandates im baden-württembergischen Esslingen. Grund ist die Verurteilung des 66-jährigen Rentners wegen Meineids zu einer einjährigen Bewährungsstrafe durch das Stuttgarter Landgericht. Bereits im vergangenen Jahr war Münzenmaier erstinstanzlich vom Amtsgericht im schwäbischen Esslingen zu zwölf Monaten Haft verurteilt worden. Anlass für das Verfahren war eine Falschaussage. Sobald das Urteil der Stuttgarter Berufungsinstanz rechtskräftig ist, verliert Münzenmaier sein Mandat. Dem Rentner steht prinzipiell noch der Weg der Revision offen. Der „Republikaner“ gehört dem Esslinger Stadtrat mit Unterbrechungen seit 14 Jahren an.

■ **Meyenfeld-Garbsen** – Neuer Landesvorsitzende der niedersächsischen Republikaner ist der 64-jährige Ingo Welke aus Meyenfeld-Garbsen. Er wurde auf dem Landesparteitag am 26. April mit 77 Prozent der Stimmen gewählt. Der langjährige bisherige Landesvorsitzende Peter Lauer war nicht mehr um das Amt des Landeschefs angetreten und ist jetzt stellvertretender Vorsitzender. Weitere Lan-

desvize sind Claus Wilhelm Köhler, Peter Nennstiel und Philipp Noblé.

■ **Potsdam/Berlin** – Der gemeinsame NPD-Landesverband Berlin-Brandenburg wurde aufgelöst, die Partei will künftig in beiden Bundesländern getrennte Wege gehen. Darüber informiert der Berliner NPD-Funktionär Thomas Salomon in der aktuellen Ausgabe der „Deutschen Stimme“. Zum NPD-Landeschef in Brandenburg wurde der bisherige Vorsitzende des gemeinsamen Landesverbandes, Mario Schulz, gewählt. Stellvertreter sind Detlef Appel, Klaus Beier und Andrew Stelter. In Berlin steht jetzt Albrecht Reither an der Spitze des neuen Landesverbandes, Vize sind Georg Magnus und Jörg Hähnel. Der brandenburgische Verfassungsschutz vermutet hinter dem Auseinanderbrechen des bisherigen Verbandes „Streitigkeiten“ und „weitere personelle Querelen“, wie es in einer Pressemittelung heißt.

■ **Riesa** – Der der NPD nahe stehende „Deutsche Stimme“-Verlag im sächsischen Riesa veranstaltet vom 23. bis 25. Mai erstmals einen „Freiheitlichen Kongress“. Als Referenten sind Otto Scrinzi (vormals SA-Sturmführer und NSDAP-Mitglied, seit Jahren „Schriftleiter“ der FPÖ-nahen Monatszeitschrift „Aula“), Walter Marinovic („Aula“-Autor), Pierre Krebs (Vorsitzender des „Thule-Seminars“), Winfried Krauß (ehemaliger NPD-Fraktionsvorsitzender im Frankfurter Römer), Herbert Schweiger (Freiwilliger der Waffen-SS), Ralph Tegethoff („Deutsche Stimme“-Autor), Klaus Weinschenk (Ex-REP-Landesvorsitzender Berlin, Referent der Hetendorfer Tagungswochen), Holger Apfel (stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender), Baldur Springmann (Aktionsgemeinschaft der Deutschlandliebenden) und Judith Wolter (Bürgerbewegung Pro Köln) angekündigt. Für das musikalische Rahmenprogramm sorgen die NPD-Barden Frank Renniecke und Jörg Hähnel.

■ **Rostock** – Sechs Mitglieder des rechtsextremen „Bund Deutscher Kameraden“ wurden vom Rostocker Landgericht am 25. April zu Geldstrafen bis zu 500 Euro und Arbeitseinsätzen verurteilt. Das Gericht der Hansestadt sah es als erwiesen an, dass sich die Angeklagten der Volksverhetzung, Bildung einer kriminellen Vereinigung, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Sachbeschädigung schuldig gemacht hatten. Die fünf jungen Männer und eine junge Frau hatten zwischen Oktober 2001 und März 2002 über 40 antisemitische, rassistische und neonazistische

Farbschmierereien an Wänden von Rostocker Gebäuden angebracht. Gegründet wurde der Bund deutscher Kameraden am 13. Juni 2001 von der 20-jährigen Hauptangeklagten Antje K., deren Prozess wegen ihres bevorstehenden Entbindungstermins abgetrennt worden war. Bei dem männlichen Hauptangeklagten Roger B. wurde die Entscheidung über eine mögliche Jugendstrafe zur Bewährung ausgesetzt. Er muss 500 Euro an die Begegnungsstätte für Jüdische Kultur im Rostocker Max-Samuel-Haus zahlen. An diese Einrichtung müssen auch zwei weitere Verurteilte jeweils 250 Euro zahlen und 50 beziehungsweise 100 Stunden Arbeit ableisten.

■ **Trebnitz** – 750 000 Euro Sachschaden sind beim Brand des im März 2001 vom Würzburger NPD-Funktionär und Führungskader des Deutschen Kollegs Uwe Meenen gekauften Schlosses im 300-Seelen-Dorf Trebnitz (Landkreis Bernburg) entstanden. Angaben der „Mitteldeutschen Zeitung“ zufolge richtet sich ein Anfangsverdacht gegen das Ex-NPD-Bundsvorstandsmitglied Steffen Hupka, der den Ausbau des Schlosses betrieben hatte. Dieser sei „zuletzt angeblich“ mit Meenen „über finanzielle Fragen in Streit geraten.“ Dabei soll es nach Angaben der „Mitteldeutschen Zeitung“ um den Verbleib einer Spende in Höhe von 150 000 Euro gegangen sein, die ein in Spanien wohnhafter „deutscher Sympathisant“ zur Verfügung gestellt habe. Dieser habe auch bereits 50 000 Euro für den Kauf des Schlosses beigesteuert. Recherchen des BnR zufolge handelt es sich bei dem großzügigen Spender um Ralf Hanno (BnR 2/03). Hanno, von Beruf Architekt, lebt im spanischen Marbella. Er ist als Leserbriefschreiber für Zeitschriften wie „Aula“, „Ostpreußenblatt“ und „Code“ einschlägig bekannt.

■ **Tübingen** – Am 26. April wurde in Tübingen Alois Gabrysch zu Grabe getragen. Der ehemalige SS-Hauptsturmführer verstarb fünf Tage zuvor im Alter von 92 Jahren. Der Kriminaldirektor a. D. sorgte in der schwäbischen Universitätsstadt Tübingen in den 90er Jahren für Schlagzeilen, als seine NS-Vergangenheit bekannt geworden war. 1998 gab der ehemalige Ankläger beim NS-Sondergericht in Maribor sein ihm 1986 verliehenes Bundesverdienstkreuz zurück. Ihm war Mitwirken an Hinrichtungen vorgeworfen worden. Seine NS-Karriere begann Gabrysch 1933 mit der Mitgliedschaft in der SA, der 1937 die Mitgliedschaft in SS und NSDAP folgten. Zwei Jahre später wurde Gabrysch Führer im SD der SS.

■ **Usingen** – „Fast täglich erleben wir, wie mit staatlichen Machtmitteln, etwa mit dem Volksvernetzungs-Paragraphen oder mit Versammlungsverboten, gegen Meinungen vorgegangen wird, die ganz offensichtlich nicht gegen die Verfassung verstoßen“ schreibt in „Nation&Europa“ (Mai-Ausgabe) Oberstleutnant d. R. Heinz Flöter. Der 64-jährige Rechtsanwalt beklagt, dass ein „Parteienkartell“ mit „Hilfe der von ihm kontrollierten Medien“ darüber bestimmt, „worüber gesprochen werden darf und worüber nicht.“ Flöter war in den 60er Jahren zeitweilig verantwortlicher Schriftleiter des extrem rechten „Deutschen Studenten-Anzeigers“ und Vorstandsmitglied des revanchistischen Witikobunds. 1969 kandidierte er für die NPD in Bayern für den Bundestag. 1997 trat Flöter, zuvor Lokalpolitiker in Hessen, aus der CDU aus. Zugänge war der JF-Autor auch bei der Deutschen Aufbau Organisation von Alfred Mechttersheimer. Erst im April wirkte er als Referent auf der Jahrestagung 2003 der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik.

Ausland

■ **Frankreich (Nizza)** – Zu Ostern trafen sich Vertreter der extremen Rechten aus verschiedenen europäischen Ländernder in Nizza. Eingeladen hatte der Front National, der seinen 12. Parteitag abhielt. Aus Deutschland nahmen unter anderem Harald Neubauer, Mitherausgeber der Monatszeitschrift „Nation&Europa“ (NE) sowie Inge Winterstetter, die Geschäftsführerin des NE-Verlages, teil. Zugegen war auch der stellvertretende russische Parlamentspräsident Wladimir Schirinowski.

■ **Kroatien (Zagreb)** – „Nieder mit dem US-Imperialismus!“ ruft Mladen Schwartz, Vorsitzender der Neuen Kroatischen Rechten, seinen deutschen Kameraden zu. Gemeinsam gelte es gegen die „Absicht der USA, die ganze Erde zu amerikanisieren, zu schein-demokratisieren“ zu kämpfen, heißt es in seinem Beitrag in der „Deutschen Stimme“ in der April-Ausgabe. Die Neue Kroatische Rechte fordert unter anderem ein „Kroatien innerhalb seiner völligen geschichtlichen, völkischen und natürlichen Grenzen, Bosnien & Herzegowina also eingeschlossen“, ein „Verbot der Einwanderung fremder Rassen und Völker“, „diktatorische Vollmächte für die herrschende Person“, „Bereitschaft zur endgültigen Abrechnung mit Serbien“ und „Schluss mit der Kollaboration mit den übernatürlichen Agenturen der judäo-freimaurerischen Internationale“.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 8
Heft 10/2003 Abo 401917
Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10
10999 BERLIN

■ **Schweiz (Basel)** – Der Schweizer Rechtsextremist Eric Weber, Mitarbeiter von „Nation&Europa“ (NE), plant NE-Angaben zufolge ein politisches Comeback mit der „Volks-Aktion gegen zu viele Ausländer und Asylanten“ (VA) bei den Kantonswahlen in Basel-Stadt. Weber war in den 80er Jahren Abgeordneter der rechtsextremen Nationalen Aktion in Basel. 1988 stellte Weber, der auch schon für die „Junge Freiheit“ gearbeitet hat, in der Bundesrepublik einen Antrag auf politisches Asyl, da er sich in der Schweiz „von der Polizei politisch verfolgt“ fühlte.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.